



# **Sammelstiftung des Verbandes der Bäcker-Confiseurs**

## **VORSORGEREGLEMENT**

gültig ab 1. Januar 2022

## Inhaltsverzeichnis

<b>I.</b>	<b>Begriffe .....</b>	<b>4</b>
<b>II.</b>	<b>Allgemeines .....</b>	<b>7</b>
Art. 1	Zweck der Stiftung .....	7
Art. 2	Registrierung und Aufsicht.....	7
Art. 3	Versicherte Personen .....	7
Art. 4	Gesundheitsprüfung .....	8
Art. 5	Beginn und Ende der Vorsorgepflicht .....	9
Art. 6	Versicherter Lohn.....	10
Art. 7	Freiwillige Weiterversicherung bei Ausscheiden aus der obligatorischen Versicherung nach Vollendung des 58. Altersjahres .....	11
Art. 8	Altersguthaben und Altersgutschriften .....	13
<b>III.</b>	<b>Finanzierung.....</b>	<b>14</b>
Art. 9	Beginn und Ende der Beitragspflicht .....	14
Art. 10	Finanzierung .....	14
Art. 11	Höhe der Beiträge .....	14
Art. 12	Eintrittsleistung .....	15
Art. 13	Einkauf in die vorzeitige Pensionierung .....	16
Art. 14	Rechnungsführung und Vermögensanlage .....	17
Art. 15	Finanzielles Gleichgewicht.....	17
Art. 16	Teilliquidation .....	18
<b>IV.</b>	<b>Vorsorgeleistungen .....</b>	<b>19</b>
Art. 17	Versicherte Leistungen .....	19
Art. 18	Altersleistungen .....	19
Art. 19	Invalidenleistungen .....	23
Art. 20	Hinterlassenenleistungen.....	27
Art. 21	Freizügigkeitsleistung .....	32
Art. 22	Vorsorgeausgleich bei Ehescheidung oder Auflösung der eingetragenen Partnerschaft .....	33
Art. 23	Auszahlung .....	36
Art. 24	Anrechnung von Leistungen Dritter, Leistungskürzung .....	37
Art. 25	Ansprüche gegen haftpflichtige Dritte .....	39
Art. 26	Anpassung der Leistungen an die Preisentwicklung .....	39
<b>V.</b>	<b>Wohneigentum.....</b>	<b>40</b>
Art. 27	Wohneigentum .....	40
<b>VI.</b>	<b>Besondere Bestimmungen.....</b>	<b>42</b>
Art. 28	Auskunfts- und Meldepflicht .....	42

Art. 29	Information der Versicherten und der Rentenbezüger.....	43
Art. 30	Steuerfolgen .....	43
Art. 31	Datenschutz und Schweigepflicht .....	43
<b>VII.</b>	<b>Organisation der Stiftung .....</b>	<b>45</b>
Art. 32	Organe und Beauftragte .....	45
Art. 33	Weitere Reglemente .....	46
<b>VIII.</b>	<b>Schlussbestimmungen .....</b>	<b>47</b>
Art. 34	Rechtspflege .....	47
Art. 35	Anwendung des Reglements und Lückenfüllung.....	47
Art. 36	Änderung des Reglements, Inkrafttreten .....	47

**Anhang 1: Individueller Vorsorgeplan des einzelnen Vorsorgewerkes**

**Anhang 2: Umwandlungssätze**

**Anhang 3: Teilliquidation**

**Anhang 4: Sanierungsmassnahmen**

## **I. Begriffe**

AHV	Eidgenössische Alters- und Hinterlassenenversicherung
Anhang 1	Anhang 1 zum Vorsorgereglement: In Anhang 1 wird der Vorsorgeplan des Vorsorgewerks definiert (Leistungs- und Finanzierungsplan)
Arbeitgeber	Schliesst sich zur Durchführung der beruflichen Vorsorge für seine Arbeitnehmer oder als Selbständigerwerbender der Stiftung an
Arbeitnehmer	Stehen in einem Arbeitsverhältnis mit dem Arbeitgeber
Berechtigter Ehegatte	Geschiedener Ehegatte bzw. ehemaliger Partner, dem aus Vorsorgeausgleich bei Ehescheidung bzw. Auflösung der eingetragenen Partnerschaft eine Leistung zugesprochen wird
Berufsverband	Berufsverband, der Selbständigerwerbenden ohne Personal eine Vorsorgelösung aufgrund einer schriftlichen Anschlussvereinbarung mit der Stiftung anbietet
BVG	Bundesgesetz über die berufliche Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge vom 25. Juni 1982
BVG-Alter	Differenz zwischen laufendem Kalenderjahr und Geburtsjahr
BVG-Altersguthaben	Das BVG-Altersguthaben entspricht dem gesetzlich vorgeschriebenen Minimum gemäss Bundesgesetz
BVV2	Verordnung über die berufliche Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge vom 18. April 1984
BVV3	Verordnung über die steuerliche Abzugsberechtigung für Beiträge an anerkannte Vorsorgeformen vom 13. November 1985
Delegierte	Je ein Arbeitnehmer- und ein Arbeitgebervertreter je Vorsorgewerk gewählt durch die Vorsorgekommission des Vorsorgewerks zur Wahl der Stiftungsräte
Delegiertenversammlung	Versammlung der Delegierten zur periodischen Wahl der Stiftungsräte, sofern die Wahl nicht auf dem Korrespondenzweg erfolgt
Destinatäre	Die in der Stiftung versicherten Personen
Eingetragene Partnerschaft	Personen mit Personenstand "in eingetragener Partnerschaft" gemäss Bundesgesetz über die eingetragene Partnerschaft gleichgeschlecht-

	licher Paare vom 18. Juni 2004 sind Ehegatten gleichgestellt
FZG	Bundesgesetz über die Freizügigkeit in der beruflichen Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge vom 17. Dezember 1994
FZV	Verordnung über die Freizügigkeit in der beruflichen Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge vom 3. Oktober 1994
Geschäftsreglement	Geschäftsreglement für die Vorsorgekommissionen
Hypothetische Austrittsleistung	Passives Altersguthaben, welches die Stiftung für den Bezüger von Invaliditätsleistungen im Rahmen seiner Invalidität weiterführt
IV	Eidgenössische Invalidenversicherung
IVG	Bundesgesetz über die Invalidenversicherung vom 19. Juni 1959
Koordinationsabzug	Abzug vom Jahreslohn beziehungsweise Jahreseinkommen zur Berücksichtigung der Leistungen der (staatlichen) Sozialversicherung
MVG	Bundesgesetz über die Militärversicherung vom 19. Juni 1992
Organisationsreglement	Organisations- und Verwaltungsreglement der Stiftung
PartG	Partnerschaftsgesetz vom 18. Juni 2004
Vermögenspool	Offener oder geschlossener Pool (separate account)
Selbständigerwerbende	Selbständigerwerbender, der sich zur Durchführung der beruflichen Vorsorge der Stiftung angeschlossen hat. Massgebend für die Stiftung ist ausschliesslich die AHV-rechtliche Qualifikation als Selbständigerwerbender
Stiftung	Sammelstiftung des Verbandes der Bäcker-Confiseure, Zürich
Stiftungsrat	Oberstes Organ der Stiftung, das paritätisch zusammengesetzt ist
UVG	Bundesgesetz über die Unfallversicherung vom 20. März 1981
Versicherte Person	In die Stiftung aufgenommener Arbeitnehmer oder Selbständigerwerbender
Versicherter Lohn	Jahreslohn beziehungsweise Jahreseinkommen abzüglich Koordinationsabzug; bezogen auf den versicherten Lohn werden die Beiträge und Leistungen berechnet
Vorsorgekommission	Verwaltungsorgan des Vorsorgewerks

Vorsorgewerk	„Vorsorgeeinrichtung“ des angeschlossenen Arbeitgebers innerhalb der Sammelstiftung, die eine eigene verwaltungstechnische Einheit bildet
WEF	Wohneigentumsförderung
WEFV	Verordnung über die Wohneigentumsförderung mit Mitteln der beruflichen Vorsorge vom 3. Oktober 1994
ZGB	Schweizerisches Zivilgesetzbuch vom 10. Dezember 1907

Personen mit Personenstand "in eingetragener Partnerschaft" sind den Ehegatten gleichgestellt. Dies betrifft u.a. die Leistungen an die Hinterbliebenen, den Vorsorgeausgleich bei Auflösung der Partnerschaft wie auch das Erfordernis des Einverständnisses zur Barauszahlung von Leistungen und zum Vorbezug als auch zur Verpfändung von Altersguthaben für den Erwerb von Wohneigentum.

In diesem Reglement werden geschlechtsneutrale Begriffe verwendet, ansonsten gelten männliche Bezeichnungen für beide Geschlechter.

### **III. Finanzierung**

#### **Art. 9 Beginn und Ende der Beitragspflicht**

- <sup>1</sup> Die Beitragspflicht beginnt mit der Aufnahme des Arbeitnehmers in die Stiftung.
- <sup>2</sup> Die Beitragspflicht endet, wenn
  - a) das Arbeitsverhältnis aufgelöst wird; vorbehalten bleibt eine allfällige freiwillige Weiterversicherung gemäss Art. 7 Abs. 2 dieses Reglements;
  - b) der Mindestlohn unterschritten wird;
  - c) der Anspruch auf Altersleistungen entsteht oder
  - d) beim Tod der versicherten Person.Die Beendigung der Beitragspflicht erfolgt taggenau, d.h. am Tag des Ereignisses.
- <sup>3</sup> Die Beiträge der versicherten Person werden durch den Arbeitgeber vom Lohn abgezogen und nach Massgabe der Zahlungsmodalitäten zusammen mit den Beiträgen des Arbeitgebers an die Stiftung überwiesen.
- <sup>4</sup> Von den gesamten Beiträgen der versicherten Selbständigerwerbenden gilt derjenige Teil der Beiträge als Arbeitgeberbeitrag, der auch für das übrige Personal vom Arbeitgeber übernommen wird.
- <sup>5</sup> Bei Unfall, Krankheit, Mutterschaft, Vaterschaft, Betreuung von Angehörigen oder Kindern, Militärdienst oder aus ähnlichen Gründen werden die Beiträge weiterhin erhoben, indem sie entweder vom weiter ausgerichteten Lohn oder von einer Lohnersatzleistung abgezogen werden. Vorbehalten bleiben die Bestimmungen über die Befreiung von der Beitragszahlung (Art. 19.4).

## **IV. Vorsorgeleistungen**

### **Art. 17 Versicherte Leistungen**

#### **17.1 Übersicht versicherte Leistungen**

- <sup>1</sup> Bei Pensionierung erbringt die Stiftung folgende Leistungen:
  - Altersrente;
  - Alterskapital;
  - AHV-Überbrückungsrente;
  - Pensioniertenkinderrente.
- <sup>2</sup> Bei Arbeits- bzw. Erwerbsunfähigkeit vor der Pensionierung erbringt die Stiftung folgende Leistungen:
  - Invalidenrente;
  - Invalidenkinderrente;
  - Befreiung von der Beitragspflicht.
- <sup>3</sup> Im Todesfall können gegenüber der Stiftung folgende Leistungen beansprucht werden:
  - Ehegattenrente;
  - Ehegattenrente an Geschiedene;
  - Lebenspartnerrente
  - Waisenrente;
  - Todesfallkapital.

Tritt eine versicherte Person aus dem Vorsorgeverhältnis aus, wird eine Austrittsleistung fällig.

#### **17.2 Garantie der BVG-Mindestleistungen**

Die Stiftung behält sich vor, die in Art. 17.1 aufgeführten Leistungen nach den Bestimmungen in Art. 24 zu kürzen. Die Mindestleistungen gemäss BVG sind jedoch in jedem Fall garantiert.



## **Art. 20 Hinterlassenenleistungen**

### **20.1 Anspruchsvoraussetzungen**

Ein Anspruch auf Hinterlassenenleistungen besteht, wenn der Verstorbene:

- a) im Zeitpunkt des Todes oder bei Eintritt der Arbeitsunfähigkeit, deren Ursache zum Tod geführt hat, versichert war; oder
- b) infolge eines Geburtsgebrechens bei Aufnahme einer Erwerbstätigkeit mindestens zu 20%, aber weniger als zu 40% arbeitsunfähig war und bei Erhöhung der Arbeitsunfähigkeit, deren Ursache zum Tod geführt hat, auf mindestens 40% versichert war; oder
- c) als Minderjähriger invalid wurde und deshalb bei Aufnahme einer Erwerbstätigkeit mindestens zu 20%, aber weniger als zu 40% arbeitsunfähig war und bei Erhöhung der Arbeitsunfähigkeit, deren Ursache zum Tod geführt hat, auf mindestens 40% versichert war; oder
- d) von der Stiftung im Zeitpunkt des Todes eine Alters- oder Invalidenrente erhielt.

In den unter Buchstaben b und c genannten Fällen ist der Anspruch auf die BVG-Minimalleistungen begrenzt.

### **20.2 Ehegattenrente**

- <sup>1</sup> Der überlebende Ehegatte hat Anspruch auf eine Ehegattenrente (erweiterte Deckung). Eine allfällige Beschränkung der Anspruchsvoraussetzungen auf die Bedingungen gemäss Art. 19 BVG ist im Vorsorgeplan (Anhang 1) festgehalten. Erfüllt der Ehegatte keine der Voraussetzungen an eine Ehegattenrente hat er Anspruch auf eine einmalige Abfindung in der Höhe des dreifachen Jahresbetrages der Ehegattenrente.
- <sup>2</sup> Die Höhe der jährlichen Ehegattenrente beim Tod einer aktiv versicherten Person oder eines Invalidenrentenbezügers ist im Vorsorgeplan (Anhang 1) festgelegt. Vorbehalten bleiben die Kürzungsbestimmungen nach Art. 24.
- <sup>3</sup> Die Höhe der jährlichen Ehegattenrente beim Tod eines Altersrentners ist im Vorsorgeplan (Anhang 1) festgelegt. Vorbehalten bleibt eine allfällige Änderung der anwartschaftlichen Leistungen nach Art.18.6.
- <sup>4</sup> Ist der Ehegatte beim Entstehen des Anspruchs auf eine Ehegattenrente mehr als 10 Jahre jünger als der Versicherte, so wird die Rente für jedes die Differenz von 10 Jahren übersteigende ganze oder angebrochene Jahr um 1% der vollen Ehegattenrente gekürzt.
- <sup>5</sup> Wurde die Ehe geschlossen, nachdem die versicherte Person das ordentliche reglementarische Rücktrittsalter bzw. die im Vorsorgeplan (Anhang 1) vorgesehene längst mögliche Weiterführung der Vorsorge erreicht hat, entsteht kein Anspruch auf eine Ehegattenrente.
- <sup>6</sup> Es erfolgt keine Kürzung nach Abs. 5, wenn vor der Eheschliessung die Bedingungen für den Anspruch auf eine Lebenspartnerrente erfüllt wurden.

- <sup>7</sup> Wird die Ehegattenrente nach den Bestimmungen von Abs. 4 teilweise gekürzt, besteht mindestens Anspruch auf die Hinterlassenenleistung gemäss BVG.
- <sup>8</sup> Die Ehegattenrente wird erstmals für den auf den Tod der versicherten Person folgenden Monat ausgerichtet, frühestens jedoch nach Beendigung der Zahlung des vollen Lohnes oder Lohnnachgenusses.
- <sup>9</sup> Die Ehegattenrente erlischt mit dem Tod oder der Wiederverheiratung des Ehegatten.

### **20.3      Anspruch des Ehegatten bei Scheidung oder des Partners bei Auflösung der eingetragenen Partnerschaft**

- <sup>1</sup> Der geschiedene Ehegatte hat Anspruch auf eine Ehegattenrente, sofern im Zeitpunkt des Todesfalles kumulativ
  - a) Die Ehe mindestens zehn Jahre gedauert hat und
  - b) dem geschiedenen Ehegatten im Scheidungsurteil eine Rente nach Art. 124e Abs. 1, Art. 125 oder Art. 126 Abs. 1 ZGB zugesprochen wurde.
- <sup>2</sup> Der ehemalige Partner ist bei gerichtlicher Auflösung der eingetragenen Partnerschaft dem geschiedenen Ehegatten gleichgestellt, sofern im Zeitpunkt des Todesfalles kumulativ
  - a) die eingetragene Partnerschaft mindestens zehn Jahre gedauert hat und
  - b) dem ehemaligen Partner im Auflösungsurteil eine Rente nach Art. 124e Abs. 1 ZGB oder Art. 34 Abs. 2 und 3 PartG zugesprochen wurde.
- <sup>3</sup> Die Höhe der Hinterlassenenrente an geschiedene Ehegatten bzw. an ehemaligen Partner ist auf den Mindestbetrag der Ehegattenrente nach BVG begrenzt. Die Leistung wird um jenen Betrag gekürzt, um den sie zusammen mit den kongruenten Leistungen anderer Sozialversicherungen (in- und ausländische) den Anspruch aus dem Scheidungsurteil oder dem Urteil über die Auflösung der eingetragenen Partnerschaft übersteigt.
- <sup>4</sup> Der Anspruch auf Hinterlassenenleistungen besteht, solange die Rente gemäss Scheidungsurteil geschuldet gewesen wäre. Zudem erlischt die Ehegattenrente mit dem Tod oder der Wiederverheiratung des geschiedenen Ehegatten bzw. mit der Begründung einer eingetragenen Partnerschaft.

### **20.4      Lebenspartnerrente**

- <sup>1</sup> Der überlebende Lebenspartner hat beim Tod der versicherten Person Anspruch auf die gleichen Leistungen wie ein überlebender Ehegatte (Art.20.2), sofern er im Zeitpunkt des Todesfalles die nachfolgenden Bedingungen erfüllt:
  - a) Beide Lebenspartner sind nicht miteinander verwandt im Sinne von Art. 95 ZGB noch stehen sie in einem Stiefkindsverhältnis zueinander und
  - b) sind im Zeitpunkt des Todes weder verheiratet noch in eingetragener oder anderer Lebenspartnerschaft und

- c) der überlebende Lebenspartner hat nachweislich die letzten fünf Jahre vor dem Tod ununterbrochen im gleichen Haushalt gelebt und eine Lebensgemeinschaft in ausschliesslicher Zweierbeziehung geführt und
  - d) die Lebenspartnerschaft wurde der Stiftung zu Lebzeiten und vor dem erstmaligen Anspruch einer allfälligen Invaliden- bzw. Altersrente gemeldet und
  - e) der Lebenspartner bezieht keine Ehegatten-, Witwen-, Witwer- oder Lebenspartnerrente aus einer vorhergehenden Ehe oder Lebenspartnerschaft und hat auch keine Kapitalleistung anstelle einer solchen Rente bezogen.
- <sup>2</sup> Von Abs. 1 abweichende Anspruchsvoraussetzungen sind im Vorsorgeplan (Anhang 1) definiert.
  - <sup>3</sup> Das Kriterium des gemeinsamen Haushalts gilt auch dann als erfüllt, wenn der Wille bestand einen gemeinsamen Haushalt zu führen, dieser jedoch aus objektiven Gründen nicht vollzogen werden konnte.
  - <sup>4</sup> Die Bestimmungen der Ehegattenrente gelten bezüglich Höhe und Kürzungsregeln sinngemäss auch für die Lebenspartnerrente. Die Dauer der Lebenspartnerschaft wird der Dauer der Ehe gleichgestellt. Erfüllt der Lebenspartner die Anspruchsvoraussetzungen für eine Lebenspartnerrente nicht, hat er keinen Anspruch auf eine einmalige Abfindung.
  - <sup>5</sup> Die Lebenspartnerschaft ist mittels des von der Stiftung zur Verfügung gestellten Formulars schriftlich anzumelden.
  - <sup>6</sup> Die Lebenspartnerrente erlischt mit dem Tod des überlebenden Lebenspartners oder wenn er heiratet, eine eingetragene Partnerschaft oder eine neue Lebenspartnerschaft eingeht. Die Auflösung der Lebenspartnerschaft ist der Stiftung umgehend mitzuteilen.

## **20.5 Waisenrente**

- <sup>1</sup> Beim Tod einer aktiv versicherten Person oder eines Alters- oder Invalidenrentenbezügers hat jedes Kind Anspruch auf eine Waisenrente, sofern es das im Vorsorgeplan (Anhang 1) genannte Altersjahr noch nicht vollendet hat.
- <sup>2</sup> Pflegekinder der versicherten Person bzw. des Alters- oder Invalidenrentenbezügers haben Anspruch auf eine Waisenrente, wenn sie vom Verstorbenen unentgeltlich zu dauernder Pflege und Erziehung aufgenommen worden sind.
- <sup>3</sup> Anspruch auf eine Waisenrente haben auch Stiefkinder für deren Unterhalt die versicherte Person oder der Rentenbezüger zu mindestens 50% aufzukommen hatte.
- <sup>4</sup> Die Höhe der Waisenrente ist im Vorsorgeplan (Anhang 1) festgelegt.
- <sup>5</sup> Die Waisenrente wird erstmals für den auf den Tod der versicherten Person folgenden Monat ausgerichtet, frühestens jedoch nach Beendigung der Zahlung des vollen Lohnes oder Lohnnachgenusses.
- <sup>6</sup> Löst die Waisenrente eine laufende Rente ab, entsteht der Anspruch auf den dem Todestag folgenden Monatsersten.
- <sup>7</sup> Der Anspruch auf eine Waisenrente erlischt mit dem Tod des Waisen, spätestens aber, wenn dieser das im Vorsorgeplan (Anhang 1) genannte Altersjahr vollendet. Die Anspruchsberechtigung dauert längstens bis zur Vollendung des 25. Altersjahres, wenn
  - a) ein Kind noch in Ausbildung steht oder
  - b) zu mindestens 70% erwerbsunfähig ist und keine Invalidenrente aus der beruflichen Vorsorge, von der Unfall- oder Militärversicherung bezieht.

Bei Pflegekindern endet der Anspruch, sobald es zu einem Elternteil zurückkehrt oder von diesem unterhalten wird.

Ist das Kind dauernd erwerbsunfähig, entscheidet der Stiftungsrat über eine lebenslängliche Auszahlung der Rente.

## **20.6 Todesfallkapital**

- <sup>1</sup> Stirbt eine versicherte Person oder ein Invalidenrentenbezüger vor der Pensionierung und wird das vorhandene Altersguthaben nicht oder nicht vollständig zur Finanzierung einer Ehegattenrente, einer Rente an den geschiedenen Ehegatten oder einer Lebenspartnerrente, einer Waisenrente oder einer Kapitalabfindung im Sinne von Art. 20.2 Abs. 1 dieses Reglements verwendet, wird ein Todesfallkapital fällig. Von der versicherten Person freiwillig getätigte Einkäufe während der Versicherungszeit innerhalb der Stiftung inkl. Zinsen werden ausbezahlt. Diese Summe wird vermindert um allfällige (nicht wieder eingebrachte) Vorbezüge im Rahmen der Wohneigentumsförderung (Art. 27.1) und/oder allfällige Vorbezüge infolge Vorsorgeausgleich bei Ehescheidung (Art. 22). Ein allfälliges zusätzliches Todesfallkapital ist im Vorsorgeplan (Anhang 1) definiert.
- <sup>2</sup> Anspruch auf ein Todesfallkapital haben die Hinterlassenen unabhängig vom Erbrecht nach folgender Rangordnung:

- a) Die gemäss diesem Reglement anspruchsberechtigten Ehegatten und Waisen, bei deren Fehlen
- b) natürliche Personen, die vom Versicherten in erheblichem Masse unterstützt worden sind, oder die Person, die mit diesem in den letzten fünf Jahren bis zu seinem Tod ununterbrochen eine Lebensgemeinschaft geführt hat oder die für den Unterhalt eines oder mehrerer gemeinsamer Kinder aufkommen muss, sofern keine Hinterlassenenrenten aus einem anderen Vorsorgefall bezogen werden, bei deren Fehlen
- c) die Kinder der verstorbenen Person, welche die Anspruchsvoraussetzungen nach Art. 20.5 nicht erfüllen, bei deren Fehlen
- d) die Eltern, bei deren Fehlen
- e) die Geschwister der verstorbenen versicherten Person.

Geschiedene Ehegatten sowie Stiefkinder nach Art. 20.5 Abs. 3 haben keinen Anspruch auf das Todesfallkapital. Fehlen Begünstigte nach dieser Bestimmung, verfällt das Todesfallkapital an die Stiftung, respektive dem entsprechenden Vermögenspool.

Vorbehalten bleiben abweichende Bestimmungen im Vorsorgeplan (Anhang 1).

- <sup>3</sup> Personen gemäss lit. b) sind nur anspruchsberechtigt, wenn sie der Stiftung schriftlich gemeldet wurden.
- <sup>4</sup> Die versicherte Person oder Bezüger von Invaliditätsleistungen können die in Abs. 2 vorgegebenen Begünstigtengruppen jederzeit durch eine schriftliche Mitteilung an die Stiftung in folgendem Ausmass ändern:
  - Falls Personen gemäss Abs. 2 lit. b existieren, dürfen die begünstigten Personen gemäss Abs. 2 lit. a, und b zusammengefasst werden.
  - Falls keine Personen gemäss Abs. 2 lit. b existieren, dürfen die begünstigten Personen gemäss Abs. 2 lit. a und c zusammengefasst werden.
- <sup>5</sup> Durch schriftliche Mitteilung an die Stiftung können die Ansprüche der begünstigten Personen innerhalb einer Begünstigtengruppe (Abs. 2 und 4) beliebig festgelegt werden. Falls keine Mitteilung der versicherten Person oder des Bezügers von Invaliditätsleistungen vorliegt, steht das Todesfallkapital allen Begünstigten innerhalb einer Begünstigtengruppe zu gleichen Teilen zu.
- <sup>6</sup> Die Mitteilung betreffend Abs. 3 und 4 muss zu Lebzeiten der versicherten Person mittels dem von der Stiftung zur Verfügung gestellten Formular schriftlich eingereicht werden.
- <sup>7</sup> Wird eine in erheblichem Masse von der versicherten Person unterstützte Person begünstigt, ist zusammen mit dem Antrag auf Begünstigung die Art und der Umfang der Unterstützung näher zu bezeichnen.

## **Art. 23 Auszahlung**

### **23.1 Fälligkeit**

- <sup>1</sup> Voraussetzung für die Auszahlung ist die rechtzeitige Einreichung der von der Stiftung benötigten und verlangten Bescheinigungen über die Anspruchsberechtigung.
- <sup>2</sup> Kapitalleistungen werden 30 Tage, nachdem alle zur Anspruchsbegründung notwendigen Dokumente bei der Stiftung eingegangen sind, fällig.
- <sup>3</sup> Die Ausrichtung von Rentenleistungen erfolgt in der Regel monatlich. Entsteht der Rentenanspruch nicht an einem Monatsersten, so wird eine Teilrente ausgerichtet. Die Rente wird bis zum Ende des Monats ausgerichtet, in welchem die Bezugsberechtigung gemäss diesem Reglement erlischt.
- <sup>4</sup> Die Austrittsleistung wird mit dem Austritt aus der Stiftung fällig.

### **23.2 Verzugszins**

- <sup>1</sup> Bei Renten- oder Kapitalzahlungen ist vom Tag der Anhebung der Betreibung oder der gerichtlichen Klage an ein Verzugszins zu bezahlen. Dieser entspricht dem BVG-Mindestzinssatz.
- <sup>2</sup> Überweist die Stiftung die fällige Austrittsleistung nicht innert 30 Tagen, nachdem sie die für die Überweisung notwendigen Angaben erhalten hat, so ist ab Ende dieser Frist ein Verzugszins in der Höhe des Mindestzinses zuzüglich 1 Prozent zu bezahlen.

### **23.3 Geringfügigkeit**

- <sup>1</sup> Beträgt die Alters- oder Invalidenrente weniger als 10%, die Ehegattenrente weniger als 6% bzw. die Waisenrente weniger als 2% der Mindestaltersrente der AHV, so wird der anspruchsberechtigten Person anstelle einer Rente eine Kapitalabfindung entrichtet. Bei Altersrenten sowie bei nach BVG-Logik geführten temporären Invaliditätsrenten wird anstelle einer Rente das reglementarische Altersguthaben bzw. das projizierte Altersguthaben ohne Zins entrichtet. In allen anderen Fällen wird die Kapitalabfindung nach versicherungstechnischen Regeln und in Anwendung der per Anspruchszeitpunkt geltenden Stiftungsgrundlagen ermittelt.
- <sup>2</sup> Mit der Kapitalauszahlung erlöschen sämtliche weitere Ansprüche der anspruchsberechtigten Person gegenüber der Stiftung.

### **23.4 Abtretung und Verpfändung**

- <sup>1</sup> Leistungsansprüche aus diesem Reglement sind, soweit gesetzlich zulässig, der Zwangsvollstreckung entzogen und dürfen vor ihrer Fälligkeit weder abgetreten noch verpfändet werden. Vorbehalten bleibt die Verpfändung gemäss den Bestimmungen über die Wohneigentumsförderung mit Mitteln der beruflichen Vorsorge.
- <sup>2</sup> Bereits fällig gewordene Leistungsansprüche dürfen mit Forderungen, die der Arbeitgeber der Stiftung abgetreten hat, nur verrechnet werden, wenn

sich diese Forderungen auf Beiträge beziehen, die nicht vom Lohn abgezogen worden sind.

### **23.5 Rückerstattungspflicht**

- <sup>1</sup> Unrechtmässig bezogene Leistungen sind zurückzuerstatten. Von der Rückforderung kann abgesehen werden, wenn der Leistungsempfänger gutgläubig war und die Rückforderung zu einer grossen Härte führt.
- <sup>2</sup> Erbringt die Stiftung Vorleistungen im Sinne von Art. 23.6 Abs. 2 und sieht der definitiv leistungspflichtige Versicherer gestützt auf die für ihn anwendbaren Einzelbestimmungen tiefere Leistungen vor, so ist die Differenz vom Leistungsempfänger an die Stiftung zurückzuerstatten.
- <sup>3</sup> Die Verjährungsfristen nach Art. 35a Abs. 2 BVG gelten sinngemäss.

### **23.6 Vorleistungspflicht**

- <sup>1</sup> Befindet sich die versicherte Person beim Entstehen des Leistungsanspruchs nicht in der leistungspflichtigen Vorsorgeeinrichtung, so ist jene Vorsorgeeinrichtung vorleistungspflichtig, der sie zuletzt angehört hat. Die Stiftung erbringt die Vorleistung im Rahmen der gesetzlichen Mindestleistungen nach BVG. Steht die leistungspflichtige Vorsorgeeinrichtung fest, so kann die vorleistungspflichtige Vorsorgeeinrichtung auf diese Rückgriff nehmen.
- <sup>2</sup> Ist die Übernahme der Rentenzahlung durch die obligatorische Unfall- bzw. durch die Militärversicherung oder eine Trägerin der beruflichen Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge nach BVG umstritten, kann eine Vorleistung der Stiftung verlangt werden. Die Stiftung erbringt Vorleistungen im Rahmen der gesetzlichen Mindestleistungen nach BVG. Wird der Fall von einem anderen Versicherungsträger übernommen, so hat dieser die Vorleistungen im Rahmen seiner Leistungspflicht zurückzuerstatten.

### **23.7 Rückerstattung der Freizügigkeitsleistung, Verrechnung**

Muss die Stiftung Hinterlassenen- oder Invalidenleistungen erbringen, nachdem sie die Austrittsleistung überwiesen hat, so ist ihr die Austrittsleistung so weit zurückzuerstatten, als dies zur Finanzierung der Hinterlassenen- oder Invalidenleistungen nötig ist. Die Hinterlassenen- und Invalidenleistungen werden gekürzt, soweit die Rückerstattung unterbleibt.

## **Art. 24 Anrechnung von Leistungen Dritter, Leistungskürzung**

### **24.1 Überentschädigung**

- <sup>1</sup> Die Hinterlassenen- und Invalidenleistungen werden gekürzt, soweit sie zusammen mit anderen gemäss Art. 24.2 anrechenbaren Einkünften 90% des mutmasslich entgangenen Verdienstes beziehungsweise des mutmasslich entgangenen Jahreseinkommens eines Selbständigerwerbenden übersteigen.

- <sup>2</sup> Altersleistungen werden in gleicher Weise gekürzt, solange Leistungen von der Unfall- oder Militärversicherung oder vergleichbare Leistungen von ausländischen Institutionen erbracht werden. Die Stiftung ist nicht verpflichtet Leistungskürzungen nach Art. 20 Abs. 2ter und 2quater UVG und Art. 47 Abs. 1 MVG auszugleichen.
- <sup>3</sup> Während der provisorischen Weiterversicherung und Aufrechterhaltung des Leistungsanspruches gemäss Art. 26a BVG wird die Invalidenrente entsprechend dem verminderten Invaliditätsgrad der versicherten Person gekürzt, jedoch nur soweit, wie die Kürzung durch ein Zusatzeinkommen der versicherten Person ausgeglichen wird.
- <sup>4</sup> Wird bei einer Scheidung eine Alters- oder Invalidenrente nach dem reglementarischen Rücktrittsalter geteilt, so wird der Rentenanteil, der dem berechtigten Ehegatten zugesprochen wurde, bei der Berechnung einer allfälligen Kürzung der Rente des verpflichteten Ehegatten weiterhin angerechnet.
- <sup>5</sup> In jedem Fall werden mindestens diejenigen Leistungen erbracht, die gemäss BVG und dessen Anrechnungsregeln zu erbringen sind.
- <sup>6</sup> Im Rahmen einer Überentschädigungskürzung werden Invalidenkinderrenten proportional zur Invalidenrente gekürzt.

## **24.2 Anrechenbare Einkünfte, Ausnahmen**

- <sup>1</sup> Als anrechenbare Einkünfte gelten nur Leistungen gleicher Art und Zweckbestimmung, welche der anspruchsberechtigten Person infolge des schädigenden Ereignisses ausgerichtet werden.
- <sup>2</sup> Die anrechenbaren Einkünfte des hinterbliebenen Ehepartners bzw. eingetragenen Partners und der Waisen werden zusammengerechnet.
- <sup>3</sup> Als anrechenbare Einkünfte gelten:
  - a) Leistungen der AHV/IV mit Ausnahme von Hilfslosenentschädigungen;
  - b) Leistungen von ausländischen Sozialversicherungseinrichtungen;
  - c) Leistungen der obligatorischen Unfallversicherung oder der Militärversicherung;
  - d) Leistungen von anderen in- und ausländischen Vorsorgeeinrichtungen und Freizügigkeitseinrichtungen;
  - e) Taggelder aus obligatorischen Versicherungen;
  - f) Leistungen von privaten Versicherungen, zu deren Prämien der Arbeitgeber mindestens die Hälfte beigetragen hat;
  - g) das weiterhin erzielte oder zumutbarerweise noch erzielbare Erwerbs- oder Ersatzeinkommen einer invaliden versicherten Person. Dabei wird in der Regel auf das von der IV-Stelle dem Invaliditätsgrad zu Grunde gelegte Validen- und Invalideneinkommen und die Resterwerbsfähigkeit des Versicherten abgestellt.Einmalige Kapitalleistungen werden mit ihrem Rentenumwandlungswert angerechnet.
- <sup>4</sup> Folgende Leistungen werden nicht angerechnet:
  - a) Leistungen aus privaten Versicherungen;



- b) Hilfflosenentschädigungen, Genugtuungen, Abfindungen und ähnliche Leistungen;
  - c) das Zusatzeinkommen, welches während der Teilnahme an Massnahmen zur Wiedereingliederung nach Art. 8a IVG erzielt wird.
- <sup>5</sup> Die Anspruchsberechtigten haben der Stiftung über alle anrechenbaren Einkünfte Auskunft zu erteilen und allfällige Veränderungen unverzüglich zu melden.

### **24.3 Leistungskürzungen**

- <sup>1</sup> Die Stiftung kann ihre Hinterlassenen- oder Invalidenrenten in entsprechendem Umfang kürzen, sistieren oder verweigern, wenn die AHV oder die IV ihre Leistungen kürzen, entziehen oder verweigern, weil der Anspruchsberechtigte den Tod oder die Invalidität durch schweres Verschulden herbeigeführt hat oder sich einer zumutbaren Eingliederungsmassnahme der IV widersetzt.
- <sup>2</sup> Die Stiftung ist nicht verpflichtet Leistungsverweigerungen oder -kürzungen, welche die obligatorische Unfallversicherung oder die Eidgenössische Militärversicherung auf Grundlage von Artikel 21 ATSG, 37 und 39 UVG oder Artikel 65 und 66 MVG einschränken, sistieren, aufheben oder verweigern, auszugleichen. In diesem Sinne kann die Vorsorgeeinrichtung in der Überentschädigungsberechnung die Leistungen dieser Versicherer in ungekürzter Höhe an den mutmasslich entgangenen Verdienst anrechnen.

### **24.4 Vorsorgliche Einstellung der Rentenzahlung**

Die Vorsorgeeinrichtung stellt ab dem Zeitpunkt, in dem sie Kenntnis darüber erhält, dass die IV-Stelle gestützt auf Artikel 52a ATSG die vorsorgliche Einstellung der Zahlung der Invalidenrente verfügt hat, die Zahlung der Invalidenrente ebenfalls vorsorglich ein.

### **Art. 25 Ansprüche gegen haftpflichtige Dritte**

Die Stiftung kann vom Anwärter auf eine Hinterlassenen- oder Invalidenleistung verlangen, dass er ihr Forderungen, die ihm für den Schadenfall gegen haftpflichtige Dritte zustehen, bis zur Höhe ihrer Leistungspflicht abtritt, soweit die Stiftung nicht in Anwendung des BVG in die Ansprüche der versicherten Person, ihrer Hinterlassenen und der anderen Anspruchsberechtigten tritt. Die Stiftung ist berechtigt die Ausrichtung der Leistungen bis zur Abtretung der Forderungen aufzuschieben.

### **Art. 26 Anpassung der Leistungen an die Preisentwicklung**

Die Rentenleistungen werden im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten der Stiftung der Preisentwicklung angepasst. Der Stiftungsrat entscheidet jährlich darüber, ob und in welchem Ausmass die Renten angepasst werden. Er erläutert die Beschlüsse in seinem Jahresbericht. Die BVG Mindestleistungen, einschliesslich der Anpassungen an die BVG-Teuerung, sind in jedem Fall gewährleistet.

## **VI. Besondere Bestimmungen**

### **Art. 28 Auskunfts- und Meldepflicht**

- <sup>1</sup> Die versicherten Personen und die Rentenbezüger haben der Stiftung über alle für ihre Vorsorge massgebenden Verhältnisse, insbesondere über Änderungen des Zivilstandes und der Familienverhältnisse ohne besondere Aufforderung wahrheitsgetreu Auskunft zu geben.
- <sup>2</sup> Rentenberechtigte Personen haben auf Verlangen der Stiftung einen Lebensnachweis beizubringen. Invalide haben ihr anderweitiges Renten- und Erwerbseinkommen sowie Änderungen des Invaliditätsgrades zu melden.
- <sup>3</sup> Die Stiftung ist jederzeit befugt, über den Gesundheitszustand eines invaliden Versicherten ein ärztliches Gutachten auf ihre Kosten einzuholen. Widersetzt sich die versicherte Person einer solchen Untersuchung oder weigert sie sich, eine sich bietende und ihr mit Rücksicht auf ihr Wissen und Können sowie auf ihren Gesundheitszustand zumutbare Erwerbstätigkeit anzunehmen, so kann die Stiftung die Invalidenleistungen kürzen, verweigern oder entziehen.
- <sup>4</sup> Die versicherte Person und die Anspruchsberechtigten sind verpflichtet, der Stiftung die benötigten und verlangten Auskünfte und Unterlagen zu geben sowie die Unterlagen von Leistungen, Kürzungen oder Ablehnungen der in Art. 24 erwähnten anderweitigen Versicherungseinrichtungen oder Dritter einzureichen. Im Weigerungsfall kann die Stiftung die Leistungen nach pflichtgemäsem Ermessen kürzen.
- <sup>5</sup> Versicherte Personen, die über mehrere Vorsorgeverhältnisse verfügen und deren Summe ihrer AHV-pflichtigen Löhne und Einkommen die Begrenzung gemäss Art. 79c BVG übersteigt, müssen die Stiftung über die Gesamtheit der Vorsorgeverhältnisse und die darin versicherten Löhne und Einkommen informieren.
- <sup>6</sup> Die Stiftung lehnt jede Haftung für allfällige nachteilige Folgen ab, die sich aus einer Verletzung der vorgenannten Pflichten für versicherte Personen und Rentenbezüger oder ihre Hinterlassenen ergeben. Sollten der Stiftung aus einer solchen Pflichtverletzung Schäden erwachsen, so kann der Stiftungsrat die fehlbare Person haftbar machen.
- <sup>7</sup> Die Ausrichtung von Vorsorgeleistungen wird eingestellt, wenn die versicherte Person oder andere Personen, die Leistungen beanspruchen oder empfangen, der Auskunfts- und Meldepflicht in unentschuldbarer Weise nicht nachkommen und deshalb der Anspruch oder dessen Umfang nicht festgestellt werden kann. Das Leistungsgesuch wird aufgeschoben oder die Ausrichtung von bereits zugesicherten Leistungen sistiert, wenn
  - a) trotz schriftlicher Aufforderung mit dem Hinweis auf die Rechtsfolgen die von der Stiftung verlangten Auskünfte, Unterlagen und ärztlichen Atteste nicht beschafft werden oder
  - b) wenn sich die versicherte Person einer ärztlichen Untersuchung nicht unterzieht oder
  - c) wenn ein Arzt, an den die Stiftung sich wenden will, nicht von der ärztlichen Schweigepflicht entbunden wird.

- <sup>8</sup> Auf Verlangen der Stiftung hat der Versicherte den Nachweis über die bei der AHV-Ausgleichskasse abgerechneten Einkommen (individueller Kontoauszug) zu erbringen.

## **Art. 29 Information der Versicherten und der Rentenbezüger**

- <sup>1</sup> Die Stiftung informiert gemäss Art. 86b Abs. 1 BVG ihre Versicherten jährlich in geeigneter Form
  - a) Über ihre Leistungsansprüche, den versicherten Lohn, den Beitragssatz und ihr Altersguthaben;
  - b) Über die Organisation der Stiftung, die Finanzierung sowie über die Mitglieder des paritätisch besetzten Stiftungsrates.
- <sup>2</sup> Die Stiftung informiert auf Anfrage hin über die Kapitalerträge, den versicherungstechnischen Risikoverlauf, die Verwaltungskosten, die Deckungskapitalberechnung, die Reservebildung sowie den Deckungsgradverlauf.
- <sup>3</sup> Im Freizügigkeitsfall erstellt die Stiftung eine Austrittsabrechnung und weist auf die gesetzlich und reglementarisch vorgesehenen Möglichkeiten zur Erhaltung des Vorsorgeschutzes hin.
- <sup>4</sup> Auf Anfrage hin werden den versicherten Personen und den Rentenbezügern weitere notwendigen Informationen abgegeben.

## **Art. 30 Steuerfolgen**

Der versicherten Person wird empfohlen, die Steuerfolgen eines Einkaufs, einer Rückzahlung eines Vorbezugs für Wohneigentum, einer Barauszahlung oder eines Kapitalbezugs mit der zuständigen Steuerbehörde abzuklären. Die Stiftung übernimmt diesbezüglich keine Verantwortung.

## **Art. 31 Datenschutz und Schweigepflicht**

- <sup>1</sup> Zwecks Durchführung der beruflichen Vorsorge werden durch die Vorsorgeeinrichtung Personendaten entgegengenommen, bearbeitet und aufbewahrt.
- <sup>2</sup> Im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen kann die Vorsorgeeinrichtung zur Erfüllung ihrer Aufgaben Daten insbesondere an andere Vorsorgeeinrichtungen, Behörden sowie an von ihr mit der Rückdeckung von Risiken beauftragte Versicherungseinrichtungen (nachfolgend externe Datenempfänger) weiterleiten und verarbeiten lassen. Soweit erforderlich, erteilt die versicherte Person hierzu ihre schriftliche Einwilligung.
- <sup>3</sup> Die Vorsorgeeinrichtung sowie die beauftragten externen Datenempfänger achten dabei auf die Einhaltung der einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen und treffen alle notwendigen organisatorischen und technischen Massnahmen, um die Einhaltung dieser Bestimmungen, insbesondere den Schutz vertraulicher Daten, sicherzustellen.
- <sup>4</sup> Alle Personen, die an Führung, Verwaltung, Kontrolle oder Beaufsichtigung der Stiftung beteiligt sind, unterliegen der Schweigepflicht über die ihnen dabei zur Kenntnis gelangten persönlichen Verhältnisse von Destinatären

und Begünstigten sowie geschäftlichen Angelegenheiten der Stiftung und des Arbeitgebers, und zwar auch nach Beendigung ihrer Tätigkeit für die Stiftung.

- <sup>5</sup> Im Übrigen gelten die Bestimmungen von Art. 85a bis 86a BVG sowie des Bundesgesetzes über den Datenschutz (DSG).

## **VII. Organisation der Stiftung**

### **Art. 32 Organe und Beauftragte**

- <sup>1</sup> Oberstes Organ der Stiftung ist der Stiftungsrat. Er leitet die Stiftung gemäss Gesetz, Statuten, Reglementen und aufsichtsrechtlichen Weisungen.
- <sup>2</sup> Organe der Stiftung sind:
  - Der Stiftungsrat
  - Vorsorgekommissionen
  - Delegiertenversammlung
  - Revisionsstelle und
  - Experte für berufliche Vorsorge.
- <sup>3</sup> Der Stiftungsrat setzt sich aus mindestens 4 Mitgliedern zusammen. Der Stiftungsrat wird von den Delegierten der Vorsorgekommissionen gewählt. Je die Hälfte der Mitglieder wird von den Arbeitgebervertretern unter den Delegierten resp. von den Arbeitnehmervertretern unter den Delegierten gewählt. Der Stiftungsrat konstituiert sich selbst und wählt aus seiner Mitte den Präsidenten und einen Vizepräsidenten. Er erlässt ein Organisations- und Verwaltungsreglement, in welchem die Organisation und die Aufgaben der Organe und der Verwaltungseinheiten geregelt sind.
- <sup>4</sup> Scheidet ein Arbeitgeber- oder Arbeitnehmervertreter infolge Auflösung der Anschlussvereinbarung oder Auflösung des Arbeitsverhältnisses mit dem angeschlossenen Arbeitgeber oder Abwahl aus der Vorsorgekommission aus, erlischt gleichzeitig seine Mitgliedschaft im Stiftungsrat.
- <sup>5</sup> Die Amtsdauer der Stiftungsratsmitglieder beträgt vier Jahre. Die Mitglieder sind nach Ablauf der Amtsdauer wieder wählbar.
- <sup>6</sup> Der Stiftungsrat versammelt sich auf Einladung des Präsidenten oder bei dessen Verhinderung des Vizepräsidenten, so oft es die Geschäfte erfordern, aber mindestens einmal im Frühjahr und einmal im Herbst jedes Jahr. Jedes Mitglied ist berechtigt, beim Präsidenten die unverzügliche Einberufung einer Sitzung unter Angabe des Zwecks zu verlangen.
- <sup>7</sup> Der Stiftungsrat ist beschlussfähig, wenn die absolute Mehrheit der Mitglieder anwesend ist. Ist ein Mitglied an der Teilnahme an einer Sitzung verhindert, kann es sich durch einen anderen Stiftungsrat vertreten lassen. Der Stiftungsrat fasst seine Beschlüsse und trifft seine Wahlen mit einfachem Mehr der abgegebenen Stimmen. Bei Stimmengleichheit, ohne dass innerhalb des Stiftungsrats eine Einigung gefunden werden kann, wird das Geschäft vertagt. Kann auch bei einer zweiten Beratung keine Einigung gefunden werden, so entscheidet ein im gegenseitigen Einvernehmen bestimmter neutraler Schiedsrichter. Kommt keine Einigung über den Schiedsrichter zustande, so wird dieser von der Aufsichtsbehörde bezeichnet. Zirkulationsbeschlüsse sind zulässig. Die Beschlussfassung über bestimmte wichtige Geschäfte benötigt ein qualifiziertes Mehr von 2/3 der Mitglieder des Stiftungsrates (Art. 4 Abs. 4 des Organisations- und Verwaltungsreglements).

- <sup>8</sup> Über die Sitzungen wird Protokoll geführt, das vom Vorsitzenden und vom Protokollführer zu unterzeichnen ist.
- <sup>9</sup> Der Stiftungsrat leitet die Geschäfte der Stiftung nach den Vorschriften der Gesetze, den Bestimmungen der Stiftungsurkunde und den Reglementen sowie den Weisungen der Aufsichtsbehörde. Der Stiftungsrat trifft alle Entscheidungen, die zur Erreichung des Stiftungszweckes notwendig sind und erlässt die erforderlichen Ausführungsbestimmungen.
- <sup>10</sup> Der Stiftungsrat bestimmt eine unabhängige Treuhandgesellschaft als Revisionsstelle sowie einen anerkannten Experten für berufliche Vorsorge zur Prüfung des finanziellen Gleichgewichts (Art. 53 BVG).
- <sup>11</sup> Der Stiftungsrat delegiert die operative Geschäftsführung im Rahmen einer separaten Verwaltungsvereinbarung an eine Geschäftsstelle, soweit nicht das Gesetz, das Stiftungsstatut, das Organisations- und Verwaltungsreglement oder aufsichtsrechtliche Bestimmungen etwas anderes vorsehen. Die Geschäftsstelle vollzieht die Beschlüsse des Stiftungsrates und erledigt die laufenden Geschäfte, sie ist gegenüber dem Stiftungsrat weisungsgebunden.
- <sup>12</sup> Der Stiftungsrat bezeichnet die unterschriftsberechtigten Personen und bestimmt die Art der Zeichnung.
- <sup>13</sup> Für jedes der Stiftung angeschlossene Vorsorgewerk besteht eine Vorsorgekommission. Die Vorsorgekommission ist paritätisch aus gleich vielen Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertretern zusammengesetzt. Die Organisation und die Aufgaben der Vorsorgekommission sind im Geschäftsreglement für die Vorsorgekommission geregelt.
- <sup>14</sup> Die Einzelheiten zur Stiftungsorganisation sind im Organisationsreglement der Stiftung geregelt.

### **Art. 33 Weitere Reglemente**

- <sup>1</sup> Zusätzlich zum Organisationsreglement bestehen das Anlagereglement, das Wahlreglement, das Teilliquidationsreglement (Anhang 3) sowie das Reglement über Rückstellungen und Schwankungsreserven.
- <sup>2</sup> Sämtliche Reglemente werden vom Stiftungsrat erlassen und bei Bedarf angepasst. Sie sind der Aufsichtsbehörde einzureichen. Für das Teilliquidationsreglement muss die Aufsichtsbehörde eine Genehmigungsverfügung erlassen.

## **VIII. Schlussbestimmungen**

### **Art. 34 Rechtspflege**

- <sup>1</sup> Bei Streitigkeiten entscheidet das zuständige ordentliche Gericht. Gerichtsstand ist der schweizerische Sitz oder Wohnsitz des Beklagten oder der Ort des Arbeitgebers, bei welchem die versicherte Person angestellt wurde.
- <sup>2</sup> Im Übrigen gelten die Bestimmungen nach Art. 73 und 74 BVG.
- <sup>3</sup> Rechtlich verbindlich ist einzig das in deutscher Sprache verfasste Vorsorgereglement.

### **Art. 35 Anwendung des Reglements und Lückenfüllung**

- <sup>1</sup> Allfällige erforderliche Ausführungsbestimmungen zum Reglement werden durch den Stiftungsrat erlassen.
- <sup>2</sup> Der Stiftungsrat bzw. die Vorsorgekommissionen können in besonderen Fällen und unter Berücksichtigung der Rechtsgleichheit des Willkürverbots von den Bestimmungen dieses Reglements abweichen, wenn deren Anwendung eine besondere Härte für den oder die Betroffenen bedeuten würde und die Abweichung dem Sinn und Zweck der Stiftung entspricht. Härtefälle können nur aus den freien Mitteln des entsprechenden Vorsorgewerks finanziert werden.
- <sup>3</sup> In Fällen, in denen dieses Reglement oder das übergeordnete Recht keine zwingende Regelung enthalten, trifft der Stiftungsrat eine dem Sinn und Zweck der Stiftung entsprechende Regelung.

### **Art. 36 Änderung des Reglements, Inkrafttreten**

- <sup>1</sup> Dieses Reglement kann durch Beschluss des Stiftungsrats unter Wahrung der wohlerworbenen Rechte und unter Beachtung der gesetzlichen Vorgaben jederzeit abgeändert werden. Von Reglementsänderungen ist die zuständige Aufsichtsbehörde in Kenntnis zu setzen.
- <sup>2</sup> Bestimmungen, die zusätzliche Leistungen des Arbeitgebers vorsehen oder zur Folge haben, können nicht ohne dessen Zustimmung erlassen werden.
- <sup>3</sup> Dieses Reglement wurde am 01.12.2021 vom paritätisch besetzten Stiftungsrat beschlossen und tritt am 1.1.2022 in Kraft. Es ersetzt das bisherige Reglement vom 1.1.2021.
- <sup>4</sup> Die laufenden Renten erfahren keine Änderung

Der Stiftungsrat